



## Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

### **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018 -)**

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/540**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Finanzen - **Drs. 7/1030**

Der Landtag wolle beschließen:

#### **Antrag 1**

#### **Einzelplan 05 – Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

#### **Kapitel 05 05 – Arbeitsmarkt**

#### **Titelgruppe 64 – Landesprogramm Sozialer Arbeitsmarkt (S. 54)**

**a)** Die Erläuterung erhält folgende neue und verbindliche Fassung:

Landesmittel für Maßnahmen zur Etablierung eines sozialen Arbeitsmarktes, der die guten Erfahrungen aus der Bürgerarbeit mit deutlich besseren Arbeitsbedingungen verbindet. Die Arbeitsplätze sollen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen, tariflich oder ortsüblich entlohnt werden und voll versicherungspflichtig sein, was eine Arbeitslosenversicherung einschließt. Nicht gefördert werden Maßnahmen, die sich ihrer Konzeption nach an Arbeitsgelegenheiten im Sinne des SGB II anlehnen.

Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der folgenden Titel dieser Titelgruppe sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: 633 64, 683 64 und 684 64.

**b)** Es wird folgender Sperrvermerk über die gesamte Titelgruppe 64 ausgebracht:

Die Mittel für das Landesprogramm Sozialer Arbeitsmarkt sind gesperrt. Die Freigabe der Mittel erfolgt durch den Ausschuss für Finanzen nach Zustimmung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration zu einem entsprechenden Konzept.

c) Es wird folgender neuer Leertitel ausgebracht:

Titel 684 64 – Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Haushaltsplanentwurf 2017			Haushaltsplanentwurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
	0			0	

### Begründung

Das Land hat im bundesweiten Vergleich den höchsten Anteil der von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen. Die Teilhabe an Erwerbsarbeit ist für diese Menschen eine Frage von Würde und von angemessenem Einkommen. Das Landesprogramm soll die guten Erfahrungen aus der Bürgerarbeit mit deutlich besseren Arbeitsbedingungen verbinden. Die Arbeitsplätze sollen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen, tariflich oder ortsüblich entlohnt werden und voll versicherungspflichtig sein, was eine Arbeitslosenversicherung einschließt. Das Landesprogramm soll dabei Arbeitsmöglichkeiten, nicht nur bei Kommunen und privaten Unternehmen, sondern auch bei sozialen Trägern schaffen.

### Antrag 2

#### Einzelplan 05 – Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

#### Kapitel 05 05 – Arbeitsmarkt

Titel 684 93 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Haushaltsentwurf 2017			Haushaltsentwurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
259.800	41.000	- 218.000	259.800	41.800	- 218.000

In der Erläuterung wird die Übersicht wie folgt verändert:

Das Kompetenzzentrum Soziale Innovation wird samt Ansätzen für 2017 und 2018 mit jeweils 218.800 Euro gestrichen.

Die Absenkung dient der Deckung von Finanzierungsbedarfen aus weiteren Anträgen der Fraktion DIE LINKE zu ihren politischen Schwerpunkten.

### Begründung

Die Fraktion DIE LINKE bezweifelt die Notwendigkeit eines bei der Investitionsbank angesiedelten Kompetenzzentrums für soziale Innovation. Zahlreiche weitere Regionen Deutschlands und Europas sehen sich vor ähnliche Zukunftsfragen gestellt wie das Land Sachsen-Anhalt. Statt eines teuren Experiments in Sachsen-Anhalt favorisiert die Antragstellerin die Intensivierung interregionaler Kooperation und den Ideenaustausch über bestehende institutionalisierte Verbindungen. Darüber hinaus bieten die Mitglieder der Fraktion die Fraktion DIE LINKE der Landesregierung ihre empathische Unterstützung für innovative Antworten auf gesellschaftliche und soziale Probleme an.

### Antrag 3

#### 3.1

#### Einzelplan 05 – Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

#### Kapitel 05 13 – Gesundheit

Titel 891 65 – Zuschüsse an öffentliche Krankenhäuser (Seite 132)

Haushaltsplanentwurf 2017			Haushaltsplanentwurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
0	15.000.000	+ 15.000.000	0	13.000.000	+ 13.000.000

Die Deckung erfolgt aus

Titel 892 65 Zuschüsse an freie gemeinnützige und private Krankenhäuser (gegenüber der Beschlussempfehlung)

Haushaltsentwurf 2017			Haushaltsentwurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
16.180.000	14.500.000	- 1.680.000	20.710.000	16.359.200	- 4.350.800

Im Übrigen erfolgt die Deckung aus Kapitel 13 02 Titel 972 02.

## Begründung

Mittelaufwüchse für die öffentlichen Krankenhäuser in den Jahren 2017 sowie 2018 sind vor dem Hintergrund des hohen Investitionsstaus eine dringliche Notwendigkeit und angesichts der Aufwüchse für freie gemeinnützige sowie private Krankenhäuser ein Gebot des Ausgleichs.

### 3.2

#### Einzelplan 06 – Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung - Wissenschaft und Forschung -

#### Kapitel 06 05 – Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum

Titel 891 01 – Zuschüsse für Investitionen an das Universitätsklinikum, Anstalt öffentlichen Rechts (gegenüber der Beschlussempfehlung)

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
4.203.700	7.300.000	+ 3.096.300	4.170.500	7.300.000	+ 3.129.500

Die Deckung erfolgt aus Kapitel 13 02 Titel 972 02.

#### Kapitel 06 08 – Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg und Klinikum

Titel 891 01 – Zuschüsse für Investitionen an das Universitätsklinikum, Anstalt öffentlichen Rechts (gegenüber der Beschlussempfehlung)

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
4.203.700	7.300.000	+ 3.096.300	4.170.500	7.300.000	+ 3.129.500

Die Deckung erfolgt aus Kapitel 13 02 Titel 972 02.

## Begründung

Um eine dauerhafte Betriebsfähigkeit der beiden Universitätsklinika sicherstellen und entsprechende Investitionen tätigen zu können, sind grundsätzlich 3 Prozent des Gesamtumsatzes der Universitätsklinika als Investitionen zu veranschlagen. Der von

der antragstellenden Fraktion aufgeführte Betrag stellt damit ein Mindestmaß für die bereitzustellenden Investitionsmittel dar.

Die beiden Uniklinika haben immer wieder deutlich gemacht, (zuletzt auch zur Oktober-Landtagssitzung im Rahmen einer Demonstration vor dem Landtag), dass die von der Landesregierung veranschlagten Investitionszuschüsse nicht ausreichend sind, um den laufenden Betrieb und die Leistungsfähigkeit der Uniklinika als Maximalversorger aufrechtzuerhalten. Die zu geringen Investitionszuschüsse haben in den vergangenen Jahren zu einem Investitionsstau geführt, dem dringend entgegen gewirkt werden muss. Bei beiden Universitätsklinika bestehe erheblicher Investitionsbedarf bei medizinischen Geräten.

## **Antrag 4**

### **4.1**

#### **Einzelplan 06 – Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung - Wissenschaft und Forschung -**

#### **Kapitel 06 04 – Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

Titel 685 02 – Zuschuss Betrieb (S. 52)

Haushaltsplanentwurf 2017			Haushaltsplanentwurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
143.474.600	144.449.600	+ 975.000	143.213.500	145.163.500	+ 1.950.000

Die Deckung erfolgt aus Kapitel 13 02 Titel 972 02.

### **Begründung**

Der Antrag berücksichtigt die zur Deckung des Lehrkräftebedarfs notwendige Finanzierung für eine vorübergehende Erhöhung der jährlichen Ausbildungskapazität von bisher 550 auf 700 Studienplätze an der MLU.

### **4.2**

#### **Einzelplan 07 – Ministerium für Bildung**

#### **Kapitel 07 07 – Schulen allgemein**

Gegenüber der Beschlussempfehlung wird das Vollzeitäquivalentziel für Lehrkräfte zum 31. Dezember 2017 um weitere 170 Vollzeitäquivalente auf 14.407 und zum 31. Dezember 2018 um weitere 250 Vollzeitäquivalente auf 14.522 erhöht.

Die Stellenpläne sind entsprechend dem von der Landesregierung erwarteten durchschnittlichen Beschäftigungsumfang von 0,97 (TZ-Faktor) anzupassen.

Die Personalausgaben werden in der HGr. 4 des EP 07 dazu im Jahr 2017 um 10 Millionen Euro und im Jahr 2018 um 15 Millionen Euro angehoben.

Die Deckung erfolgt aus Kapitel 13 02 Titel 359 02 – Entnahme aus der Steuerschwankungsreserve (auf Basis der Beschlussempfehlung) (S. 23), siehe untenstehende Tabelle, sowie in 2018 zusätzlich aus dem Titel 20 03 Titel 331 62, siehe Antrag 9.

Haushaltsentwurf 2017			Haushaltsentwurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
332.863.900	342.863.900	+10.000.000	0	10.000.000	+10.000.000

## Begründung

Die Fraktion DIE LINKE hat in mehreren parlamentarischen Initiativen in dieser Wahlperiode ausführlich ihre Positionen und die von ihr angestrebten Wege zur Sicherung einer angemessenen Personalausstattung des Schulwesens dargelegt.

Der Antrag folgt diesen politischen Zielen.

Ziel ist es, schnell die Voraussetzungen zu schaffen, eine Unterrichtsversorgung vergleichbar der im Schuljahr 2013/2014 wieder herzustellen. Der Antrag greift den Vorschlag der SPD-Fraktion nach Aufstockung der Haushaltsziele um ca. 250 Lehrkräfte auf, statt lediglich 80 Lehrkräfte, wie in der Beschlussempfehlung vorgesehen. Er weist nach Auffassung der einbringenden Fraktion in die richtige Richtung, wenngleich auch die Erhöhung aus der Sicht der Fraktion DIE LINKE nicht ausreicht, um die Defizite vollständig auszugleichen.

## 4.3

### Einzelplan 07 – Ministerium für Bildung

#### Kapitel 07 07 – Schulen allgemein

##### Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das Vollzeitäquivalentziel für Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird zum 31. Dezember 2017 um 110 Vollzeitäquivalente von 1.525 auf 1.635 und zum 31. Dezember 2018 um 249 Vollzeitäquivalente von 1.468 auf 1.717 erhöht.

Die Stellenpläne sind entsprechend dem zu erwartenden durchschnittlichen Beschäftigungsumfang anzupassen.

Die in den Kapiteln 07 12 bis 07 38 (ohne Kapitel 0720) für diese Beschäftigten-Gruppe veranschlagten Personalausgaben werden 2017 um Euro 3.850.000

2018 um Euro 8.715.000 erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kapitel 13 02 Titel 972 02.

### Begründung

Die Fraktion DIE LINKE hat in mehreren parlamentarischen Initiativen in dieser Wahlperiode ausführlich ihre Positionen und die von ihr angestrebten Wege zur Sicherung einer angemessenen Personalausstattung des Schulwesens dargelegt.

Der Antrag folgt diesen politischen Zielen.

Ziel ist es, schrittweise bis 2020 den Bestand der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erreichen, der im Koalitionsvertrag vorgesehen ist.

## 4.4

### Einzelplan 07 – Ministerium für Bildung

#### Kapitel 07 07 – Schulen allgemein

#### TGr. 80 Eigenverantwortung von Schulen einschließlich des weiteren Ausbaus von Ganztagsangeboten

- a) Titel 427 80 – Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige (S. 66)

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
0	1.429.200	+1.429.200	0	1.429.200	+1.429.200

- b) Titel 525 80 – Lernmittel (S. 66)

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
4.418.000	4.898.000	+480.000	4.418.000	4.898.000	+480.000

#### Summen

Veränderungen 2017 in €	Veränderungen 2018 in €
+1.909.200	+1.909.200

Die Deckung erfolgt aus Kapitel 13 02 Titel 972 02.

## Begründung

Die Titelgruppe 80 steht für die Mittel der eigenverantwortlich von den Schulen bewirtschafteten Schulbudgets und für Mittel zum Ausbau der Ganztagsangebote.

Ungeachtet der vom Ausschuss der Finanzen empfohlenen Erhöhung des Titels 684 80 – Zuschüsse für Schulfahrten und Durchführung von Projekten im Rahmen von Schulprogrammen - bleibt insgesamt für die Schulbudgets eine deutliche Kürzung gegenüber dem Vorjahresansatz von fast 2 Millionen Euro im Jahr also knapp 20 %.

Die Fraktion DIE LINKE verfolgt das Ziel, den Schulen auch in den Jahren 2017 und 2018 wenigstens wieder ein Schulbudget aus diesen Landesmitteln zur Verfügung zu stellen, das dem Niveau des Jahres 2016 entspricht.

Die einbringende Fraktion will damit dazu beitragen, das Schulleben weiterzuentwickeln und Ganztagsangebote auszubauen. Damit soll auch der wichtigen sozialen Integrationsfunktion von Schulen besser entsprochen werden.

Ergänzende Angebote, eine gute Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln und die Möglichkeit, sich an Projekten und Exkursionen zu beteiligen, erfordern auch angesichts einer nach wie vor erheblichen Zahl von Schülerinnen und Schülern aus Elternhäusern mit geringen finanziellen Spielräumen eine hohe Aufmerksamkeit und mindestens die ungekürzten Mittel.

## Antrag 5

### Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung - Wirtschaft -

#### Kapitel 08 02 – Allgemeine Bewilligungen

Titel 683 72 – Zuschüsse für lfd. Zwecke an private Unternehmen (S. 45)

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
438.000	0	- 438.000	1.330.000	0	- 1.330.000

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu streichen.

Die Absenkung dient der Deckung des Mehrbedarfs in Kapitel 09 60 Titel 683 69 und darüber hinaus der Deckung von Finanzierungsbedarfen aus weiteren Anträgen der Fraktion DIE LINKE zu ihren politischen Schwerpunkten.

## Begründung

Die Innovationsassistentenförderung erfolgte bis zum Jahr 2016 aus ESF-Mitteln. Im Jahr 2016 sind nur rund 60 % aller dem Land zur Verfügung stehenden ESF-Mittel abgeflossen. Statt landeseigene Mittel für ein von der EU-Kommission genehmigtes



Programm einzusetzen, sollte die Landesregierung ihre Bemühungen zur Umschichtung von ESF-Mitteln intensivieren.

## Antrag 6

### Einzelplan 09 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie - Bereich Landwirtschaft -

#### Kapitel 09 60 - Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

##### a) Titel 683 69 – Zuschüsse zum Ausgleich von Verlusten (S. 150)

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
230.000	300.000	+ 70.000	100.000	300.000	+ 200.000

Deckung erfolgt aus Kapitel 08 02 Titel 683 72.

##### b) Titel 892 69 – Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen (S. 150)

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
70.000	500.000	+ 430.000	0	500.000	+ 500.000

Die Deckung erfolgt aus Kapitel 13 02 Titel 972 02.

## Begründung

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für den Erhalt des Landgestüts ein. Der Antrag berücksichtigt die Bedarfe für eine Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs sowie der Sicherung des Gestüts.

**Antrag 7****Einzelplan 14 – Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr****Kapitel 14 03 – Verkehr**

Titel 685 01 – Zuschüsse an die Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbh (IMG) (S. 48)

Haushaltsentwurf 2017			Haushaltsentwurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
32.000	32.000	0	192.000	52.000	- 140.000

In der Erläuterung verringert sich der Ansatz in die Übersicht bei „Nr. 5 Hafen-Hinterland-Konferenz“ von 192.000 Euro auf 52.000 Euro.

Entsprechend zu ändern sind im Kapitel 08 02 Titel 685 01 die Einnahmen und Ausgaben der IMG jeweils unter Punkt 6. „Logistik-Projekte“.

Die Absenkung in 2018 dient der Deckung von Finanzierungsbedarfen aus weiteren Anträgen der Fraktion DIE LINKE zu ihren politischen Schwerpunkten.

**Begründung**

Die Hafen-Hinterland-Konferenzen der Jahre 2013 und 2015 zeichneten sich durch üppige Entertainment- und Abendprogramme aus. Zur Steigerung von Innovationskraft und der Bedeutung des Logistikstandortes Sachsen-Anhalt bedarf es jedoch guter Verkehrspolitik, nicht Joey Kelly. Der Antrag berücksichtigt die Bedarfe unter der Annahme einer auf fachliche Inhalte fokussierten Konferenz und eines branchenüblichen finanziellen Beitrages der Konferenzteilnehmer.

**Antrag 8****8.1****Einzelplan 09 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie  
- Bereich Landwirtschaft -****Kapitel 09 02 – Allgemeine Bewilligungen**

Titel 356 01 – Entnahme aus dem Grundstock (S. 13)

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Verände- rung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Verände- rung in €
6.000.000	0	- 6.000.000	6.000.000	0	- 6.000.000

Die Deckung erfolgt aus Kapitel 13 02 Titel 972 02.

**Begründung**

Die Veräußerung von Grundvermögen zum Zwecke der Finanzierung laufender Ausgaben sollte aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ausgesetzt werden, bis die Vorsorgestrategie des Landes evaluiert und neu ausgerichtet wurde.

**8.2****Einzelplan 13 – Allgemeine Finanzverwaltung****Kapitel 13 02 – Allgemeine Bewilligungen**

Es wird folgender neuer Titel ausgebracht:

Titel 972 02 – Globale Minderausgabe für Zuführungen an das Sondervermögen „Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt“ zur Finanzierung der Versorgungslasten der Beamten

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Verände- rung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Verände- rung in €
	-48.990.600			-32.908.200	

Die globale Minderausgabe dient der Sicherung von Landesvermögen sowie der Deckung von Finanzierungsbedarfen aus weiteren Anträgen der Fraktion DIE LINKE zu ihren politischen Schwerpunkten.

## Begründung

Die Fraktion DIE LINKE bekennt sich zu den Pensionsansprüchen der Beamtinnen und Beamten des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Antragstellerin vertritt die These, dass eine auf Kapitalmarktanlagen konzentrierte Vorsorgestrategie weder krisenfest noch nachhaltig ist. Sie lehnt den stetigen Aufbau des Fondsvermögens in Niedrigzinszeiten bei gleichzeitigem Ausverkauf land- und forstwirtschaftlicher Flächen sowie Substanzverzehr bei Landesbetrieben zur Finanzierung laufender Ausgaben ab. Die jährlich steigenden Zuführungen zum Pensionsfonds entziehen dem Landeshaushalt die Mittel für heute dringend benötigte Investitionen in öffentliche Infrastrukturen. Fiskalische Renditen öffentlicher Investitionen – das legt beispielsweise der Bericht der Fratzscher-Kommission nahe, sind höher und krisenfester als die am Kapitalmarkt zu erzielenden Renditen. Zudem werden die Gelder des Fonds nachweislich unethisch investiert, fließen in klimaschädliche Projekte sowie in zweifelhafte Regime.

Die Fraktion DIE LINKE plädiert für eine Evaluation und Neu-Ausrichtung der Vorsorgestrategie des Landes. Bis dahin sollen die Zuführungen an den Pensionsfonds nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel geleistet werden.

## 8.3

### Einzelplan 13 – Allgemeine Finanzverwaltung

#### Kapitel 13 20 – Vermögensverwaltung

- a) Titel 121 11 – Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des öffentlichen Rechts (S. 146)

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
10.000.000	0	- 10.000.000	0	0	0

Die Beilage 1 zum Kapitel 13 20 ist unter lfd. Nr. 8 in Spalte 4 (S. 216) entsprechend zu ändern.

Die Deckung erfolgt aus Kapitel 13 02 Titel 972 02.

## Begründung

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE sollten Entnahmen aus Landesbetrieben nicht zur allgemeinen Deckung von Haushaltsausgaben dienen, soweit nicht geklärt ist, ob künftige Investitionsbedarfe gesichert und ohne Zuführung aus dem Landeshaushalt durchgeführt werden können. Eine auf Substanzverzehr gerichtete Haushaltspolitik gefährdet die Spielräume künftiger Haushalte.

**b) Titel 121 12 – Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des privaten Rechts (S. 146)**

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
22.571.200	15.671.200	- 6.900.000	9.169.000	2.569.000	- 6.600.000

Die Beilage 1 zum Kapitel 13 20 ist auf S. 218 unter lfd. Nr. 10 und 22 jeweils in Spalte 4 sowie auf S. 221 unter lfd. Nr. 10 und 22 jeweils in Spalte 4 entsprechend zu ändern.

Die Deckung erfolgt aus Kapitel 13 02 Titel 972 02.

**Begründung**

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für den Erhalt des Landgestüts ein. Die geplanten Flächenverkäufe sind daher abzulehnen. Die Veräußerung weiteren Grundvermögens zum Zwecke der Finanzierung laufender Ausgaben sollte aus Sicht der Antragstellerin ausgesetzt werden, bis die Vorsorgestrategie des Landes evaluiert und neu ausgerichtet wurde.

**Antrag 9**

**Einzelplan 20 – Hochbau**

**Kapitel 20 03 – Ressortbau**

**Titel 331 62 – Zuweisungen für Investitionen vom Bund (S. 26)**

Haushaltswurf 2017			Haushaltswurf 2018		
Ansatz 2017 (alt) in €	Ansatz 2017 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2018 (alt) in €	Ansatz 2018 (neu) in €	Veränderung in €
0	0	0	10.000.000	21.186.000	+11.186.000

Die Erhöhung des Ansatzes dient der Deckung weiterer Finanzierungsbedarfe aus Anträgen der Fraktion DIE LINKE zu ihren politischen Schwerpunkten.

**Begründung**

Mitte Februar wurde eine Einigung mit dem Bund zur Kostenübernahme beim Bau der Landeserstaufnahmeeinrichtung Stendal erzielt. Demnach übernimmt der Bund

rund 21.186.000 Mio. Euro der Baukosten. Der Änderungsantrag berücksichtigt diese Einigung gegenüber dem alten Mittelansatz im Haushaltsplanentwurf.

Swen Knöchel  
Fraktionsvorsitzender